

Herr Strack verweist auf den per E-Mail zugeleiteten 2. Quartalsbericht. Die Erstellung des 3. Quartalsberichtes für die heutige Sitzung sei nicht möglich gewesen, da die hierfür benötigten Zahlen erst seit heute Mittag vorlägen. Herr Strack möchte dennoch hierzu kurz mündlich berichten und sodann einen Ausblick auf den kommenden Haushalt geben.

Herr Strack führt aus, dass die Prognose für den Jahresabschluss 2021 besser als erwartet ausfallen würde. Man habe ursprünglich aufgrund der Corona Pandemie (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, etc.) mit einem Ausfall der Einkommenssteuer von rund  $\frac{3}{4}$  Mio. € gerechnet. Dieser Betrag reduziere sich voraussichtlich auf 400.000 €. Zudem werde eine höhere Umsatzsteuer und insgesamt ein geringerer Jahresfehlbetrag – als im Haushaltsansatz 2021 vorgesehen – prognostiziert.

Sodann berichtete Herr Strack über den kommenden Haushalt. Eine Einbringung des Haushaltes 2022 in der Ratssitzung im Dezember sei nicht realistisch, da erst seit letzter Woche alle Informationen für die Erstellung vorliegen würden und man sich folglich sieben Wochen im Rückstand befände. Das folgende Haushaltsjahr sei das letzte Jahr im Haushaltssicherungskonzept (HSK). Die Gemeinde müsse daher zwingend einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen, um das HSK verlassen zu können. Dies setze jedoch voraus, dass auch die Folgejahre ausgeglichen seien. Bei der Erstellung des Haushaltsentwurfes 2022 müsse derzeit noch ein nennenswerter siebenstelliger Betrag ausgeglichen werden. Der Betrag setze sich u.a. aus der Erhöhung der Jugendamtsumlage, Corona bedingte aufgeschobene Maßnahmen (u.a. im Baubereich), mehr Stellenanforderungen in allen Bereichen der Verwaltung, etc., zusammen. Die Verwaltung prüfe derzeit, welche Aufgaben/Maßnahmen zwingend Priorität haben und im kommenden Haushalt abgebildet werden müssen. Mehrbedarfe im freiwilligen Bereich könnten definitiv nicht berücksichtigt werden. Diesbezüglich möchte Herr Strack die Arbeitsgemeinschaft (AG) Haushalt im November einberufen. Es handele sich hierbei lediglich um eine Vordebatte, die AG ersetze nicht die öffentliche Diskussion im Rat. Durch die vorgenannten Gründe könne daher keine genaue Prognose für das kommende Haushaltsjahr erteilt werden.

Zuletzt verweist Herr Strack auf das NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz. Durch das Gesetz könne kein Doppelhaushalt aufgestellt werden. Das Gesetz solle Kommunen ermöglichen, finanzielle Schäden (Einnahmeausfälle und Mehrausgaben) in den durch die Coronapandemie belasteten Haushalten separat auszuweisen, um die Haushalte zu stabilisieren.

Herr Strausfeld erörtert, dass er aus den Ausführungen von Herrn Strack mitgenommen habe, dass die Wünsche der Fraktionen für den kommenden Haushalt nicht zu hoch ausfallen dürften. Zudem bittet er um nähere Ausführungen, ob man ggf. aus dem HSK in einen Nothaushalt abrutsche, sofern kein ausgeglichener Haushalt erreicht werde.

Herr Strack antwortet, dass die Gemeinde sich derzeit im neunten Jahr des HSK befände. Das HSK sei darauf ausgelegt, den Haushalt nachhaltig über zehn Jahre auszugleichen. Schaffe man dies nicht, könne seitens der Aufsichtsbehörde ein Kommissar bestellt werden, um eine geordnete Haushaltswirtschaft wieder herzustellen, z.B. durch Erhöhung der Steuern. Die bisherige Haushaltssanierung der Gemeinde Eitorf sei auf ein stabiles Wirtschaftswachstum ausgelegt gewesen. Die Wunschliste der geforderten Maßnahmen, z.B. Anbau Sekundarschule, sei lang, müsse aber auch personell und finanziell umgesetzt werden. Eine Neustrukturierung der Verwaltung und Priorisierung der Aufgaben sei daher zwingend erforderlich. Erst danach könne dem Rat ein Vorschlag eines finanziell und personell leistbaren Investitionsprogramms vorgelegt werden.

Herr Strausfeld nimmt aus den Erläuterungen von Herrn Strack mit, dass insbesondere ein Struktur- und Personalproblem bestünde. Um perspektivisch gewisse Dinge umzusetzen, müsse die Personalsituation gestärkt werden. Herr Strack bittet zu beachten, dass neues Personal dauerhaft bezahlt werden müsste.

Frau Zorlu gibt zu bedenken, dass man in den letzten Jahren nicht im wirtschaftlichen Überfluss gehandelt habe. Politische Forderungen im Bereich Schulen seien zwingend erforderlich. Die SPD Fraktion habe bereits ihre Priorität im Bereich Bildung, Schulen sowie Schaffung von KITA-Plätzen gesetzt. In der Realität passiere hier jedoch wenig. Zumindest Teilerfolge müssten umgesetzt werden. Perspektivisch sollte in den Bereichen (u.a. Schulamt und Bauamt), wo es seit Jahren sichtbar erforderlich erscheine, Personal nachbesetzt werden.

Herr Strack erwidert, dass es umso wichtiger sei, eine Priorisierung vorzunehmen. Gemeinsam (Politik und Verwaltung) müsse entschieden werden, welche Aufgaben/Maßnahmen umgesetzt und dem Bürger finanziell zugemutet werden können.